

ANTONIO MARTINS

BRASILIANISCHER FRÜHLING ODER PUTSCH VON RECHTS?

**FRAGEN UND ANTWORTEN ZU EINER BEWEGUNG,
DIE GERADE DIE POLITISCHE SZENERIE BRASILIENS VERÄNDERT**

«Brasilien ist nichts für Anfänger», sagte einst der Komponist Tom Jobim. Die Weisheit dieser Worte bestätigte sich im Juni fast jeden Tag aufs Neue. Die überwältigenden Straßenproteste zwischen dem 6. und 19. Juni 2013 haben die Idee wiederbelebt, dass sich soziale Kämpfe lohnen. Hier schien eine politische Kultur auf, die auf Autonomie, sozialen Netzwerken und Horizontalität beruht. Allerdings wurden die Demonstrationen, die diese Wiederbelebung feiern sollten, inzwischen in Teilen gekapert. Sie rutschten ab in Gefilde des Autoritarismus und der Intoleranz. Die Kritik an den sozialen Ungerechtigkeiten und fehlenden Rechten wurde umgemünzt in eine Kritik an den linken Regierungen.

Viele derer, die von Anfang an demonstriert hatten, waren schockiert und zogen sich zurück. Das war klug, aber nun ist es an der Zeit, einen neuen Schritt zu tun. Die Straßen werden nicht schweigen, wenn diejenigen, die für Gerechtigkeit kämpfen, ihnen fernbleiben. Es ist notwendig und möglich, um die Vorherrschaft zu kämpfen. In diesem Text, der unter Zeitdruck entstanden ist und daher nicht alle Aspekte ausreichend berücksichtigen kann, wird versucht zu erklären, warum dies passieren muss und wie.

IST ES MÖGLICH, VOM BRASILIANISCHEN FRÜHLING ZU REDEN?

Die Antwort lautet: Nein, noch nicht. Aber es gibt sehr ermutigende Signale einer großen Mobilisierungswelle für soziale Rechte, die in der Lage wäre, die in den vergangenen zehn Jahren unter linker Regierung erzielten – bedeutsamen, aber begrenzten – Errungenschaften deutlich auszuweiten. Anlass dafür, dass Millionen Menschen in Hunderten Städten auf die Straße gingen, waren die ungerechten Tarife im städtischen Personennahverkehr. Hier geht es klar und deutlich um ein Ungleichheitsproblem, aber es steht exemplarisch für ein spezifisches Metropolenmodell, das von Tag zu Tag auf mehr Ablehnung stößt. Andere Forderungen ähnlichen Inhalts wie das Recht auf Wohnen kamen hinzu.

Eine der großen Neuerungen der Demonstrationen besteht darin, dass sich ihr Charakter vollständig von dem bisheriger sozialer Kämpfe in Brasilien unterscheidet. Sie wurden weder von den Linksparteien noch von den traditionellen sozialen Bewegungen initiiert. Ausgehend vom Aufruf einer kleinen Gruppe, der Bewegung für Nulltarif (Movimento Passe Livre, MPL), hat die Menge sich mithilfe der sozialen Medien selbst mobilisiert.

Die politische Kultur der Autonomie ist nicht komplett neu. Sie wurde Anfang dieses Jahrhunderts bei großen Veranstaltungen wie den Weltsozialforen zum Leben erweckt. Aber

nun praktiziert sie das erste Mal eine Basisbewegung, die Menschenmengen selbst wenden sie an. Dies kann enorme Bedeutung haben. Die Mobilisierungen bringen eine politische Szenerie durcheinander, die zur Stagnation tendierte. Die Linke an der Regierung hat weitreichende Kompromisse mit den wirtschaftlich Mächtigen geschlossen, Fortschritte werden nur sehr langsam erzielt. Aber die denkbare institutionelle Alternative ist noch weitaus schlimmer: konservative und neoliberale Parteien an der Macht.

Seit dem 15. Juni versuchen Kräfte, auf die Bewegung Einfluss zu nehmen, die sie paralisieren oder gar in ihr Gegenteil verkehren könnten. Die Medien und Parteien rechts der regierenden Arbeiterpartei PT, die die Demonstrationen bis dahin dämonisiert und sie unterdrückt hatten, vollzogen eine große taktische Volte. Sie begannen, die Proteste anzutreiben, und versuchten zugleich, sie zu kapern. Sie waren bestrebt, die Forderungen nach Rechten und Gleichheit (also diejenigen mit «gefährlichem» sozialkritischem Charakter) durch den allgemeinen Kampf «gegen die Korruption» zu ersetzen. Der Versuch zielt darauf, die Bewegung gegen die linken Regierungen aufzubringen. Die Vertreibung der linken Regierungen von der Macht steht seit zehn Jahren auf der Agenda der Rechten, sie ist niemals von dort verschwunden.

Es ist ein machtvoller Angriff, da die Massenmedien, obgleich verbraucht und im Niedergang befindlich, noch im-

mer einen enormen Einfluss in Brasilien haben. Die Zukunft der Bewegung ist daher offen. Sie wird von unserer Fähigkeit abhängen, die möglichen Szenarien zu verstehen und klug zu agieren.

LIEGT EIN ANTIDEMOKRATISCHER PUTSCH IN DER LUFT?

Verschiedene Signale deuten darauf hin. Bereits am 18. Juni wurde auf die massenhafte Anwesenheit von ProvokateurInnen hingewiesen, etwa bei dem Versuch, das Rathaus von São Paulo zu stürmen. Das von ihnen praktizierte Vorgehen – die Bewegungen künstlich zu radikalieren, um Gründe für die autoritäre «Wiederherstellung der Ordnung» zu liefern – ist typisch für Staatsputsche in Lateinamerika, wie sich in Brasilien (1964) und in Chile (1973) zeigte. Hinzu kommt die massive Präsenz von Skinheads und anderen Gruppen, die AnhängerInnen der Linken angreifen, bei den Demonstrationen am 20. Juni. An diesem Tag brach TV Globo ein Tabu und wechselte live die Sendung. Der Sender unterbrach die Ausstrahlung einer Telenovela, um zu den Demonstrationen zu schalten. Dabei präsentierte er ein verzerrtes Bild der Proteste. Am Abend des 21. Juni wiederum blockierten kleine Gruppen zeitgleich alle Ausfallstraßen, die São Paulo mit dem Rest des Landes verbinden. Es kam zu Plünderungen auf der Autobahn Via Dutra und in Barra da Tijuca in Rio. Dies sind Taktiken, die den sozialen Bewegungen komplett fremd sind, sie werden angewendet, um Angst zu verbreiten und Forderungen nach einem Eingreifen des Staates zu provozieren.

Solche Destabilisierungsversuche dürften sich in den nächsten Monaten häufen. Die seit zehn Jahren praktizierte Politik der linken Regierungen auf Bundes- und Landesebene steht auf dem Prüfstand. Es wird darum gehen, ob diese Politik ausgebaut wird, indem die Verteilung des Wohlstands ergänzt wird dadurch, dass bestehende Privilegien infrage gestellt werden, oder ob die Regierung sie ad acta legt. Genau deshalb dürfen diejenigen, die für eine gerechte und freie Gesellschaft kämpfen, die Straßen nicht aufgeben.

WIE WAR ES MÖGLICH, DASS DIE EIGENSTÄNDIGEN DEMONSTRATIONEN UM RECHTE IN VORURTEILE UND GEWALT MÜNDETEN?

Das taktische Manöver, das die Medien und konservativen Kräfte schon bald vollzogen, zeigt sich deutlich in der «Selbstkritik» des Journalisten Arnaldo Jabor von TV Globo sowie auf den Titelseiten der Zeitschrift *Veja*. Beide versuchten, die Demonstrationen anzutreiben, sie zugleich inhaltlich zu entleeren und in ihr Gegenteil zu verkehren. Die effizienteste Art und Weise, dies zu erreichen, ist die Verbreitung der Parole «Gegen die Korruption», die auf den Vorschlag der Vergassungsänderung 37 fokussiert. Die PEC 37 sieht vor, die Verfolgung von Straftaten durch die Staatsanwaltschaft zu verbieten und diese ausschließlich auf die Polizei zu übertragen.¹ Nur wenige kennen den genauen Inhalt der PEC 37. Doch sie weckt sogleich die Assoziation, dass die Bestrafung korrupter PolitikerInnen, straffälliger Minderjähriger oder jener, die ein «abweichendes Sexualverhalten» an den Tag legen, die Probleme Brasiliens lösen würde.

Um diesen Vereinnahmungsversuch zu verstehen, lohnt es sich zu fragen, woher er seine Kraft schöpft. Die DemonstrantInnen sind in ihrer überwältigenden Mehrheit jünger als 25 Jahre. Ihre Teilnahme an politischen Bildungsprozessen beginnt gerade erst, ihre Kenntnisse über Kontext und Geschichte der linken Regierungen sowie über die institutio-

nelle Vergangenheit Brasiliens sind gering. Sie kritisieren zu Recht die Ungerechtigkeit, die im Land herrscht, und stellen fest, dass politische und wirtschaftliche Macht aufs Engste miteinander verschmolzen sind. Aber sie erkennen nicht, dass das Banner «Gegen die Korruption» in seiner diffusen Aussage diejenigen ausspart, die eigentlich im Zentrum der Diskussion stehen müssten: jene nämlich, die von der gesellschaftlichen Ungleichheit profitieren. Und sie bemerken nicht, dass die Parole «Weg mit Dilma», die die Medien intonieren, unter den heutigen Bedingungen institutioneller Politik einer Regierung den Weg ebnen würde, die direkt mit den Eliten verbunden wäre.

Das Manöver der Konservativen ist dennoch extrem riskant. Indem sie dazu beitragen, die Demonstrationen auszuweiten, erlauben sie uns, die wir echte Veränderungen wollen, gleichzeitig mit einer deutlich breiteren Öffentlichkeit in Dialog zu treten. Auch aus diesem Grund kann die Lösung nicht lauten, «die Straße zu verlassen». Vielmehr müssen wir einen in die Tiefe gehenden Disput über Projekte auf den Straßen und in den sozialen Netzwerken eröffnen.

WARUM IST DER VERSUCH, DIE PROTESTE ZU VEREINNAHMEN, SCHWACH UND KANN VEREITELT WERDEN?

Die Konservativen haben sich die Proteste nicht herbeigewünscht und haben nicht zu ihnen aufgerufen. Sie haben sie sich momentan zu eigen gemacht und dafür ihr ganzes Gewicht und ihre Macht in die Waagschale geworfen. Aber sie haben vieles zu fürchten. Wenn die Forderung nach Rechten sich weiterhin so verbreitet und wenn der horizontale Raum der Straßen weiterhin dergestalt von den Menschenmengen er- und durchlebt wird, dann werden sich schnell Themen und Forderungen auf der Agenda finden, die auf «gefährliche» soziale Veränderungen zielen – auf weitaus grundsätzlichere und weitreichendere als die in den vergangenen Jahren erreichten.

Dafür ist eine Anstrengung vonnöten: Wir müssen die allgemeine Kritik an «Korruption» und «Macht» durchbrechen. Dieser naive und zahnlose Diskurs muss durch die Konkretion sozialer Veränderungen ersetzt werden. Durch die Forderung nach Städten (und Gesellschaften) für alle, nach einer Umverteilung des Reichtums. Dieser Schritt ist nicht leicht. Er impliziert, der Medienlawine mit ihren eingängigen und mystifizierenden Begrifflichkeiten – wie der Rede von «Der Gigant ist erwacht» – entgegenzutreten. Er impliziert, ungewohnte Fragen zu stellen, die aber große Wirkung haben können: «Wer ist eigentlich dieser Gigant?» «Wer eignet sich den produzierten Reichtum an?» Und: «Wie kann dieser allen zugutekommen?»

Offenkundig hat sich die Dynamik der landesweiten Debatte verschoben. In den vergangenen zehn Jahren haben wir uns an einen permanenten, aber auf niedriger Intensität geführten Disput der Sichtweisen über das Land gewöhnt. Nun, plötzlich, ist dieser Diskurs Vergangenheit. Die Aggressivität, die die Konservativen an den Tag legen, ihre Bereitschaft, zur extremen Polizeigewalt aufzurufen (wie in São Paulo am 14. Juni geschehen), ebenso wie die Gewalt der Skinheads dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, was auf dem Spiel steht. Jetzt, in diesem Moment, ist das effizienteste Gegenmittel gegen den *golpismo* – die Gefahr eines Putsches – nicht die vermittelnde Mäßigung. Es besteht vielmehr darin, die Agenda der Rechte für alle konkreter und weitgehender zu fassen.

WELCHE THEMEN ERMÖGLICHEN ES, DIE AGENDA FÜR RECHTE UND SOZIALE VERÄNDERUNGEN WIEDER AUFZUNEHMEN?

Eine der hinterlistigsten Parolen, die dieser Tage auf den Demonstrationen herumvagabundieren, lautet: «Der Gigant ist erwacht.» Ihr Appell an den verrohten Nationalismus (der Begriff «Nation» kann sowohl dazu dienen, Einigkeit gegen eine Bedrohung von außen herzustellen, als auch dazu, unsere eigenen Ungleichheiten zu verschleiern) ist offenkundig. Schlimmer noch: Naiv wiederholt, schmuggelt sie eine entpolitisierende Idee ins Herz der Bewegung. Sie suggeriert, dass die Kämpfe für die Veränderung Brasiliens gerade erst begonnen hätten. Sie versucht, die jahrzehntelangen Bemühungen der sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, eine Agenda der Rechte für alle zu etablieren, unter den Tisch zu kehren. Wir müssen den mystifizierenden Schleier zerreißen, für den die Medien und Eliten verantwortlich sind.

Vielleicht ist es aber in diesem Moment des sich zuspitzenden Richtungsdisputs vor allem nötig, die Energien dahingehend zu bündeln, dass im Dialog der Sichtweisen auf den Straßen Reflexionen angeregt werden. Genau das sollten wir gemeinsam tun. Hierzu ein paar Vorschläge:

Das erste Ziel sind offensichtlich der Medienkonzern Rede Globo und die Medienbarone. Auf allen Demonstrationen haben sich Rufe gegen den Sender der Familie Marinho verbreitet, diese Parolen wurden überall aufgegriffen. Dies betrifft eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Das Kommunikationsoligopol übt enormen Einfluss aus und versucht gezielt, die Richtung der Bewegung zu beeinflussen. Aber es bewegt sich auf dünnem Eis: Niemals war der Anteil derjenigen in der Gesellschaft, die das manipulative Vorgehen dieser Medien begreifen, so groß wie heute. TV Globo muss Zielscheibe werden von Kampagnen im Internet, Straßendemonstrationen, Boykotten. Seine Macht anzugreifen, das Symbol des Oligopols, eröffnet den Weg für die «Demokratisierung der Kommunikation», ein Motto, das sich bereits in einer Kampagne manifestiert. Unter dem Titel «Um die Freiheit zum Ausdruck zu bringen» formuliert die von einem Zusammenschluss von AktivistInnen und Organisationen initiierte Kampagne auf ihrer Internetseite konkrete Vorschläge und bietet Argumente und sogar einen fertigen Gesetzesvorschlag zu dem Thema an.

Aber auch diejenigen, die sich durch Parolen wie «Gegen die Korruption» und «Gegen die PEC 37» haben ansprechen lassen, wenden sich im Grunde gegen Privilegien und Ungleichheiten. Es ist notwendig, dieser Sichtweise Plausibilität zu verleihen, indem gezeigt wird, dass die Rechte keinerlei Alternative bietet. Der Slogan «Gegen die Korruption» muss sich verwandeln in beispielsweise die Parole «Ökonomische Macht raus aus der Politik». Es ist eine basisnahe Art und Weise der politischen Reform – ein anderes strategisches Motto, um das Land zu ändern, eines, das in diesem entscheidenden Moment unerlässlich ist. Verschiedene Bewegungen arbeiten bereits zu diesem Thema. Einige von ihnen haben sogar eine gemeinsame Plattform gegründet und Vorschläge entwickelt, darunter die Ausweitung plebiszitärer Einflussmöglichkeiten, zum Beispiel per Volksentscheid, die Abschaffung des 14. und 15. Monatsgehalts für ParlamentarierInnen, das Verbot der Parteienfinanzierung durch Firmen. Die Plattform stellt eine breite Palette kollektiv erarbeiteter Materialien zur Verfügung: Artikel, Videos, Radioprogramme, eine Bibliothek. Diese Fülle an Informationen verdeutlicht, wie vereinfachend und leer das Motto «Gegen die Korruption» ist.

Die Reichweite, die der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen erzielte, zeigt, dass die Agenda des «Rechts auf Stadt» die brasilianische Bevölkerung direkt betrifft. Millionen Menschen, die an den Rändern der Metropolen leben, haben während der vergangenen zehn Jahre aufgehört, sich minderwertig zu fühlen. Sie fühlen sich ungerecht behandelt. Ohne sie könnte der immense Reichtum niemals produziert werden, von dem sie aber ausgeschlossen sind. Sie verlangen gleiche Rechte. Auch die Mittelklasse besteht nicht nur aus den Lumpenschickimickis des «Kampfes gegen die Korruption». Zu ihr gehört auch jener kreative Teil, der – libertär gesinnt – für ein Land kämpft, das allen gehört, und der bereit ist, am Aufbau dieses Landes mitzuarbeiten.

Das Recht auf Stadt – das man vielleicht übersetzen sollte in Begriffe der Stadtreform oder der «Freien Städte» – kann auf eine Vielzahl von Vorschlägen heruntergebrochen werden, um mit diesen sozialen Gruppen in Dialog zu treten: Das Recht auf Wohnen, auch in den Zentren der Metropolen. Die Strafbarkeit der Immobilienspekulation. Städtische Mobilität mit schnellen, bequemen und günstigen öffentlichen Transportmitteln. Die Beschränkung der Automobilnutzung. Die Entgiftung der Flüsse. Die Forderung nach angemessener Abfallentsorgung. Radwege.

Doch man kann diesen Fächer der Agenda für soziale Rechte nicht auffalten, ohne die Reform des Steuerwesens anzusprechen. Es ist nötig, sich von dem Credo zu befreien, wonach Brasilien eine der weltweit höchsten Steuerlasten hätte. Denn die Wahrheit ist eine andere: Die Mehrheit der Bevölkerung zahlt hohe Steuern und Abgaben, weil eine Minderheit – die ein weit größeres Maß an Abgaben schultern könnte und dazu auch verpflichtet wäre – in dieser Hinsicht kaum gefordert wird und ihr zudem zahlreiche Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung zur Verfügung stehen.

Die Steuerreform bedarf einer gesonderten Analyse. Aber wir müssen uns darauf vorbereiten, dass künftig mehr und nicht weniger Steuern gezahlt werden. Dies sollten intelligente Steuern und Abgaben sein, die klar auf gesellschaftliche Umverteilung ausgerichtet sind, die darauf abzielen, die typischen Ungerechtigkeiten der Märkte zu korrigieren, die würdige Dienstleistungen in ein Recht umwandeln (und nicht in eine Ware, zu der nur derjenige Zugang hat, der sie bezahlen kann), kurz: Steuern und Abgaben, die dazu beitragen, Städte und ein Land zu schaffen, das allen gehört und für alle da ist.

WAS SIND DIE BASISVERSAMMLUNGEN, UND WIE KÖNNEN SIE EINE NEUE PHASE DER MOBILISIERUNG EINLEITEN?

Am 23. Juni sind die Basisversammlungen aus dem Boden gesprossen: drei in São Paulo, auf Initiative des Movimento Passe Livre, jeweils eine in Fortaleza, in Brasília und in Belo Horizonte. Die Basisversammlungen ermöglichen es der Bevölkerung, sich zu treffen und gleichberechtigt miteinander zu diskutieren – und das fernab der Vereinnahmung durch die Fernsehsender. Sie schaffen ein ideales Umfeld für die Debatte über das Land und – sehr wichtig – tragen dazu bei, ein Bewusstsein für soziale Rechte zu entwickeln und für dieselben zu mobilisieren. Wenn dieser Prozess weitergeht und sich die Versammlungen ausdehnen, ist es gut möglich, dass in Kürze eine neue, noch weit stärkere Welle von Demonstrationen das Land erfasst.

Es gibt kein Patentrezept für diese Basisversammlungen. Sie können BewohnerInnen einer Region oder Personen, die

an einem spezifischen Thema interessiert sind, zusammenführen. Sie können überall stattfinden: auf einem Platz, in einem Saal, einem Haus, selbst an einer Bushaltestelle. Es ist auch nicht nötig, auf jemanden zu warten, der die Versammlung organisiert. Jede Organisation, jede Gruppe von Leuten kann und darf eine Versammlung machen. Das Wichtige ist, nicht den Moment zu verpassen, an dem die Menschen ihre Passivität überwunden haben und sich imstande sehen, ihre Zukunft kollektiv zu besprechen.

Unserer Webportal outraspalavras.net hat gemeinsam mit anderen Kollektiven und Bewegungen an einer Versammlung am 25. Juni in São Paulo teilgenommen. Wir haben dort über die Diktatur der Medien gesprochen und darüber, wie ihr zu begegnen ist. Zur Versammlung wurde über die sozialen Netzwerke mobilisiert; 300 Leute kamen.

WAS BEDEUTEN DIE ERSTEN REAKTIONEN VON PRÄSIDENTIN DILMA ROUSSEFF, UND WIE KÖNNEN DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN SIE NUTZEN?

Noch eine brasilianische Besonderheit: Auf die Proteste der vergangenen Wochen hat Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff anders reagiert als alle anderen Regierenden, die seit 2011 vergleichbaren Revolten gegenüberstanden. Die arabischen Diktatoren reagierten mit Kugeln. In ganz Europa setzen die Regierenden ihre Angriffe auf die sozialen Rechte fort, ungeachtet der gigantischen Demonstrationen und der Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung. Barack Obama ignorierte die Occupy-Wall-Street-Bewegung. Im Gegensatz dazu begrüßte Rousseff die Demonstrationen («Sie zeigen die Stärke unserer Demokratie»). In ihrer Erklärung vom 21. Juni sagte sie, der «Impuls dieser neuen politischen Energie» könne dazu beitragen, «besser und schneller vieles in Brasilien zu ändern, besser und schneller, als es wegen politischer und wirtschaftlicher Grenzen jemals möglich war».

Dann ging sie zwei Schritte weiter. Sie empfing die Bewegungen, die die Proteste initiiert hatten (am 24. Juni das Movimento Passe Livre und tags darauf die Bewegungen Periferia Ativa [Aktive Randbezirke] und die dem Movimento dos Trabalhadores Sem Teto MTST angegliederten Obdachlosen). Und sie lancierte bei einem Treffen mit den GouverneurInnen der Bundesstaaten und den BürgermeisterInnen der Landeshauptstädte eine unerwartete Initiative. Sie schlug Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung, der medizinischen Versorgung, der urbanen Mobilität und einen verantwortlicheren Umgang mit Steuergeldern vor. Aber weitaus wichtiger: Sie befürwortete den Vorschlag eines Plebiszits, bei dem die Bevölkerung über Reformen des politischen Systems abstimmen soll.

Die wirtschaftlich Mächtigen haben kein Interesse, ein System, das ihnen enormen Einfluss auf politische Entscheidungen bietet, zu ändern. Und diejenigen, die auf einem Mandat sitzen, wollen die Regeln nicht antasten, auf deren Basis sie gewählt wurden.

Obwohl weitgehende Übereinstimmung über die Notwendigkeit politischer Reformen herrscht, gibt es bereits Kontroversen über einige der Veränderungen, die ein solcher Schritt implizieren würde. Wenn sich die sozialen Bewegungen darauf konzentrieren, diese Widerstände aus dem Weg zu räumen, besteht die Gefahr, dass sie sich spalten und viel Energie verbrauchen, die nötig wäre, um die Welle des Protests aufrechtzuerhalten und ihn thematisch auszuweiten.

Gleichwohl lohnt es sich, eine doppelte Antwort in Betracht zu ziehen. Einerseits sollte der Fokus auf den Kampf um Rechte bestehen bleiben. Wir sollten dazu beitragen, dass Basisversammlungen stattfinden, dass Forderungen formuliert werden und Druck für ihre Umsetzung aufgebaut wird. Und wir müssen daran erinnern, dass Rechte nicht ohne Kampf kommen werden. (Obwohl die Präsidentin das Movimento Passe Livre empfing, hat sie nicht erklärt, dass sie im Sinne der Bewegung handeln und ihre Forderungen umsetzen wird.)

Auf der anderen Seite wäre es nicht klug, die Bedeutung von einer Reform des politischen Systems zu unterschätzen. Denn Brasilien hat Institutionen, die uns nicht repräsentieren. Sie sind archaisch, extrem korruptionsanfällig, wenig transparent und verschließen sich einer direkten Beteiligung der BürgerInnen. Diese Institutionen sind die Grundpfeiler der sozialen Ungerechtigkeit, der Ungleichheit und eines die Natur zerstörenden «Entwicklungsmodells».

Um das Land zu verändern, muss es wacherüttelt werden. Der Kampf um politische Reformen kann ein Ansatzpunkt sein. Doch er sollte parallel zum Kampf um soziale Rechte geführt werden. Je mehr Forderungen zusammenkommen, desto mehr wird das System sich als das demaskieren, was es ist: ein Hindernis für die Durchsetzung weiterreichender sozialer Rechte. Es ist daher notwendig, auch die Demokratie neu zu erfinden. Je mehr die gegenwärtig Mächtigen unter den Druck einer weitreichenden Reform der demokratischen Institutionen geraten, desto mehr werden sie dem Druck der Basis auch in anderen Feldern nachgeben müssen.

WARUM STEHT BRASILIEN IN DEN KOMMENDEN MONATEN AM SCHEIDEWEG? WELCHE ROLLE WIRD DIE SOZIALE MOBILISIERUNG SPIELEN?

Die Proteste haben erreicht, dass in den zwei größten Metropolen des Landes und in verschiedenen anderen Landeshauptstädten und größeren Kommunen zeitgleich die Fahrpreise gesenkt wurden. Dies ist ein wahrscheinlich einzigartiger Vorgang. Hunderttausende BrasilianerInnen haben hierfür Erfahrungen mit Tränengasbomben und Stahlkappenstiefeln der Polizei machen müssen. Nun werden sie jedes Mal, wenn sie den reduzierten Fahrpreis zahlen, millionenfach denken: «Es ist möglich.» Aber die 20 Centavos sind wenig in Anbetracht der Bedeutung, die dieser Sieg in den kommenden Monaten erlangen könnte. Denn er unterstreicht in dieser turbulenten Phase, durch die Brasilien nun geht, die rebellische Macht der sozialen Bewegungen.

Seit 2003 verliefen die Auseinandersetzungen um die Verteilung des sozialen Reichtums vergleichsweise friedlich. Die Mehrheit der Bevölkerung – vor allem die Ärmeren – erlebte eine gewisse Erleichterung ihrer Situation. Die erreichten Verbesserungen gehen weit über die staatliche Einkommenshilfe Bolsa Família für arme Familien hinaus. Die Höhe der sozialen Zuwendungen ist real gewachsen. Der gesetzliche Mindestlohn ist weit schneller gestiegen als die Inflationsrate. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit auf eines der weltweit niedrigsten Niveaus gesunken (5,5 Prozent laut der brasilianischen Statistikbehörde IBGE). Der Anteil der regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – mit allen damit einhergehenden Rechten – ist von 46 Prozent auf 54 Prozent gestiegen. Die Quotenvorgaben machten aus den Universitäten Orte, die nicht mehr nur der Elite vorbehalten sind.

Aber auch die Reichen hatten keinen Grund zur Klage. Der wachsende Konsum derer, die zuvor sehr arm gewesen waren, hat Geschäfte und Gewinne angetrieben. Weil der Staat die großen Bauvorhaben und Infrastrukturprojekte wieder aufgenommen und Programme wie das soziale Wohnbauprojekt *Minha Casa, Minha Vida* eingeführt hat, hatten die Firmen aus dem Bausektor wieder etwas zu lachen. Der Bergbau und das Agrobusiness (Landwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe) surften auf einer Welle hoher Preise, die sie auf dem Weltmarkt für ihre Rohstoffe erzielten. Die Gewinne derer, die an den Wertpapieren des Bundes (also von uns allen) verdienen, sind zwar deutlich gefallen, gehören aber noch immer zu den höchsten der Welt.

Dieses Szenario – das eine Zone der Bequemlichkeit geschaffen und dadurch verhindert hat, dass unbequeme Fragen gestellt oder tiefgreifende Veränderungen angegangen werden – löst sich derzeit rapide auf. Die Ausgangspunkte dieser Auflösungserscheinungen sind zwei bedeutsame Veränderungen auf internationaler Ebene. Zum einen sind die Weltmarktpreise für Primärgüter – die heute 54 Prozent der brasilianischen Ausfuhren ausmachen – wieder gefallen. Zum anderen zieht die mögliche Anhebung der Zinsen in den Vereinigten Staaten den größten Teil des monetären Reichtums an, der auf diesem Planeten zirkuliert. Das macht es für andere Länder schwieriger, Kapital anzulocken. Da sich die brasilianische Wirtschaft internationalisiert und deindustrialisiert hat, haben diese beiden Phänomene unmittelbare Auswirkungen. Dies sind die Gründe für den steigenden Kurs der US-Währung und die Inflation in Brasilien – zwei Tendenzen, denen sich die alten Medien bereits zugewandt haben und die sie in den kommenden Monaten weiter ausschachten werden.

Bei Schwierigkeiten ist es üblich, dass die Konservativen den Moralismus zur Hilfe rufen und auf die selbstkasteienden Impulse einer mehrheitlich christlichen Gesellschaft setzen. Die Ursache aller Probleme liege in der «Unfähigkeit» der letzten Regierungen, klagen sie. Der «natürliche» Ausweg bestehe darin, «den Gürtel enger zu schnallen»: eine Politik der Kürzungen öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Rechte, wie sie die europäischen Länder verfolgen. Brasilien müsse «gutes Verhalten» an den Tag legen, um das «Vertrauen» der internationalen Märkte zurückzugewinnen.

Auch in der Politik versucht der Moralismus zu verhindern, dass das ins Blickfeld rückt, was attraktiv und verboten ist. In die Sackgasse, in der die begrenzten Sozialreformen der vergangenen zehn Jahre feststeckten, muss man nicht zurückfallen. Es können sogar im Gegenteil noch weitaus tiefer gehende Veränderungen möglich werden, die mehr sind als nur eine oberflächliche Umverteilung des Reichtums unter staatlicher Regie.

Die Signale des Frühlings der vergangenen Wochen deuten darauf hin, dass Brasilien in einer Zeit, die durch eine zivilisatorische Krise und die Suche nach neuen Perspektiven gekennzeichnet ist, bereit sein könnte, sich zu hinterfragen und neu zu erfinden – dieses Mal angestoßen durch eine Bewegung von unten. Am stärksten flackert diese Idee im Kampf um Rechte auf: im Kampf für ein schnelles, gutes und günstiges Transportwesen, für eine komplette Revision der öffentlichen Investitionen in den Metropolen, wofür es bereits einen Gesetzentwurf gibt, den für die urbanen Peripherien qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sicherstellt. Im Kampf für die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 Stunden, wofür es bereits einen Ge-

setzentwurf gibt, den der Nationalkongress seit Jahren in den Schubladen verstauben lässt.

Aber es ist auch der Zeitpunkt, Fragen aufzuwerfen, die sich im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft stellen. Wir brauchen einen kostenlosen und uneingeschränkten Zugang zum Internet. Das Oligopol der herrschenden Medien muss gebrochen werden, damit echte Meinungs- und Ausdrucksfreiheit entstehen kann. Wir brauchen den freien Austausch des Wissens und der Kultur sowie die Rücknahme der Gesetze zum Schutz geistiger Eigentumsrechte. Auf Eis gelegte Projekte wie die vom Kulturministerium geförderten *Pontos de Cultura* (Kulturzentren) müssen wieder aufgenommen werden.

Der nun begonnene Kampf um soziale Rechte bedeutet unmittelbar auch die Bekämpfung der Ungleichheit und der Privilegien. São Paulo hat die größte Flotte privater Hubschrauber auf dem Planeten (über 500 Maschinen, mehr als New York und Tokio), während sich sechs Millionen Menschen täglich drei oder mehr Stunden in überfüllten, schmutzigen und unbequemen Omnibussen durchschütteln lassen müssen. Und während Brasilien beim Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen nur den 85. Platz belegt und seine Eisenbahnen schrottreif sind, kommt es bei Privatjets auf Platz zwei.

Aber die Einsicht in die Ungleichheit sollte nicht zu einer simplen Distributionslogik verleiten. Es geht nicht darum, das gegenwärtige Niveau des Konsums zu «demokratisieren», sondern darum, die Produktions- und Verteilungslogiken des Reichtums neu zu definieren. Auch in dieser Hinsicht waren die letzten Wochen äußerst inspirierend. Die Menschen haben für kollektiven Transport als Gemeingut gekämpft. Sie haben das Tor zu einer Debatte über beispielsweise autofreie Städte oder über die Verschmutzung der Flüsse aufgestoßen. Über Bildung und ein innovatives öffentliches Gesundheitswesen, das hervorragende Leistungen erbringt. Über einen weniger exzessiven und entfremdeten Stromkonsum, um auf diese Weise zu einer sauber produzierten Elektrizität zu gelangen. Über eine Entwicklung der ländlichen Regionen, die nicht die Produktion von Rohstoffen in «modernen» Latifundien und unter massivem Pestizideinsatz fördert, sondern die KleinbäuerInnen und die Vielfalt unserer Nahrungsmittelkultur.

Die Debatte über die grundlegende Neudefinition unseres Landes ist eröffnet. Wir haben sie viel zu lange aufgeschoben. Wie wir gesehen haben, ist nichts in Stein gemeißelt. Die nächsten Tage und Monate werden voller Überraschungen, neuer Möglichkeiten und neuer Risiken sein. Aber die Bedingungen für diese neue Phase sind ungleich besser – jetzt, wo die Straßen ihr Gesicht gezeigt haben und ihre raue Stimme erklingen lassen.

Antonio Martins ist Chefredakteur des Webportals *Outras Palavras* (outraspalavras.net).
Übersetzung: Christian Russau

Unter folgendem Link können Sie kostenlos unseren Lateinamerika-Newsletter abonnieren: <http://is.gd/m6YL6N>

¹ Die PEC 37 ist am 25. Juni vom Abgeordnetenhaus allerdings mit 430 Stimmen (bei neun Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) abgelehnt worden.

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2013

09/2013

MANUEL PALZ
Steiniger Weg in Myanmar

08/2013

TORGE LÖDING
Wachsende Unzufriedenheit in Costa Rica

07/2013

PHILIPP GERBER
Europäische Unternehmen erzwingen das grüne Geschäft mit dem Wind in kolonialem Stil

06/2013

CLAUS-DIETER KÖNIG
Mali: Vom «Hoffnungsträger» zum «KrisenStaat»

05/2013

JULIAN MARIOULAS
Verantwortung in der Krise

04/2013

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS
Chávez: Vermächtnis und Herausforderungen

03/2013

ALICE B. M. VADROT
Bedrohtes Wissen, bedrohtes Leben

02/2013

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT
Krieg in Mali

01/2013

JORGE LEÓN TRUJILLO
Wahlen in Ecuador: Perspektiven des Correa-Systems

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2012

10/2012

LUTZ POHLE
Chinas Führung vor enormen Aufgaben

09/2012

CARMEN LUDWIG
Für mehr soziale Rechte in Südafrika

08/2012

ALEXANDRA MARTÍNEZ
Widersprüchlicher Sozialismus in Venezuela

07/2012

KRUNOSLAV STOJAKOVIĆ
Sozialdemokratische Zumutungen in Kroatien

06/2012

RAUL ZELIK
Kolumbien: Bewaffneter Konflikt und indigene Autonomie

05/2012

PETER SCHÄFER
Ägypten hat einen neuen Präsidenten

04/2012

TORGE LÖDING
Märchenprinz gegen Sozialpolitiker

03/2012

ALKE JENSS
Agroindustrie statt Agrarreform in Kolumbien

02/2012

LOUISA PRAUSE
Y'en a marre: Wer sind sie, wie mobilisieren sie und was fordern sie?

01/2012

JENNY MORÍN NENOFF
Der kubanische Privatsektor

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juli 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling